Ä1 Gute Politik vor Machtpolitik - Einheit in der Bildungspolitik durch ein Referendum

Antragsteller*in: KV Ilm-Kreis

Titel

Ändern in:
Gute Politik vor Machtpolitik - Einheitliche Bildungsabschlüsse im Förderalismus

Änderungsantrag zu B12

Von Zeile 1 bis 10:
~~Das aktuelle Bildungssystem ist ein föderales System mit sehr wenigen bundespoltischen Elementen. Wir wollen aber eine bundesweit einheitliche Bildungspolitik mit einigen föderalen Elementen. Das jetzige System ist ungerecht und mit sechszehn verschiedenen Bildungssystemen in einem Land unmodern. Deshalb fordern wir, die Jusos Thüringen, ein verbindliches Referendum zu genau diesen Thema. Somit wollen wir den Willen der Bevölkerung von Deutschland zeigen und auch verhindern, dass die Landesminister für Bildung nur an ihre Macht denken und eben nicht an ihre eigentliche Aufgabe im Sinne der Bürger*innen zu agieren und für eine bestmöglichste Bildungspolitik in Deutschland zu arbeiten.~~ Das aktuelle Bildungssystem ist ein föderales System mit sehr wenigen bundespolitischen Elementen. Wir wollen aber bundesweit einheitliche Bildungsabschlüsse. Das jetzige System der Bildungspolitik mit ihren schwer vergleichbaren Bildungsabschlüssen ist ungerecht. Deshalb fordern wir die SPD Landtags- und Bundestagsfraktion auf eine Initiative im Bundesrat einzubringen, die die Einheit der Bildungsabschlüsse herbeiführen soll. Es darf kein Kräftemessen zwischen den Bundesländern mehr geben, wo das eine angeblich die besseren Abschlüsse hat als das andere.

Begründung

Das, was Gerechtigkeit und Vergleichbarkeit in Sachen Bildungpolitik bringt, sind einheitliche Bildungsabschlüsse, die keine unterschiedliche Wertung in der Anerkennung nicht mehr zu lassen. Deshalb sollte dies das Ziel sein. Dazu gehören auch Berufsabschlüsse, die bei diesem Änderungsantrag einbezogen werden. Wie die jungen Menschen zu ihrem Bildungsabschluss kommen, kann individuell ausgestaltet werden von den Bundesländern. Zudem sehen wir ein Referendum kristisch aus zwei Gründen: 1. Müsste das Grundgesetz geändert werden, denn dieses sieht laut Artikel 29 (2) nur ein Referendum vor: ” Maßnahmen zur Neugliederung des Bundesgebietes ergehen durch Bundesgesetz, das der Bestätigung durch Volksentscheid bedarf. Die betroffenen Länder sind zu hören”. Das Grundgesetz zu ändern wäre eine große Herausforderung und würde noch mehr Zeit beanspruchen. 2. Mit Blick auf das Brexit-Referendum könnte es eine nachhaltige Spaltung der Gesellschaft geben in Deutschland. Bildungspolitik geht oft mit Emotionen einher, so könnten Gegener:innen von der Schaffung eines Zentralstaates sprechen und eine sachliche Auseinandersetzung mit diesem Thema verhindern. Aus historischer Betrachtung entsand der Bildungsförderalismus als Lehre aus der Zeit des NS-Regimes, um die systematische Verbreitung von Ideologien zu erschweren und zu verhindern, das sollten wir nicht auf’s Spiel setzen. Es wird immer Feinde der Demokratie geben, die sich das dann zu Nutze machen werden, wenn wir ein einheitliches Bildungssystem in diesem Maße schaffen würden.